

19. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Kein Wegducken bei konfrontativer Religionsbekundung – Planungssicherheit für die Forschung**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Arbeit der Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundungen des Vereins für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (DEVI e.V.) dauerhaft sicherzustellen. Daher fordern wir den Senat auf, zusammen mit dem Bund eine sichere Finanzierung des Projektes auszuloten und sofern nötig, auch eine eigenständige Finanzierung durch das Land vorzunehmen.

---

### ***Begründung***

Die Forschungsergebnisse der Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundungen sind ein Alarmsignal und mahnen zum Handeln. Mobbing aufgrund einer vordergründig falschen Religionsausübung ist in unserem weltoffenen und toleranten Berlin inakzeptabel. Ein fundamentalistisches Religionsverständnis, das die freie Entfaltung gerade von muslimischen Mädchen bedroht, darf in unseren Schulen keinen Fuß fassen.

Schulen müssen Orte der Offenheit und des Miteinander sein. Für ausgrenzende Ideologien, die die Menschen in Freund und Feind einteilen, ist dort kein Platz. Wir dürfen nicht aus falsch verstandener Toleranz die Augen vor Ausgrenzung, Mobbing und Radikalisierungstendenzen verschließen. Nur wenn wir Probleme systematisch erfassen, können wir repressivem Verhalten und ungeschriebenen Gesetzen auf Schulhöfen entgegenzutreten.

Beim Umgang mit konfrontativer Religionsbekundung dürfen wir uns nicht auf anekdotische Einzelfälle beschränken, sondern brauchen ein umfassendes Bild des tatsächlichen Ausmaßes. Dafür muss die Forschung zur konfrontativen Religionsbekundung gestärkt werden. Der Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (DEVI e.V.) braucht für die Anlauf- und Dokumentationsstelle Planungssicherheit und eine langfristige Perspektive. Die mit der nur dreimonatigen Finanzierung verbundene Unsicherheit, ob neue Mittel bewilligt werden, muss ein schnelles Ende finden. Der Senat darf die Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundungen nicht am langen Arm verhungern lassen. Jeder Euro, der hier investiert wird, trägt dazu bei, die Gleichberechtigung der Geschlechter und die freiheitlichen Werte unserer Gesellschaft zu schützen.

Berlin, 17. Januar 2022

Wegner Wohler  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU